№ 31. Inowraclaw, Donnerstag, den 18. April **1867.**

Kujawisches Wochenblatt.

Organ für die Kreise Inowraclaw, Mogilno und Gnesen.

Erscheint Montags und Donnerstags. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Hiesige 11 Sgr. durch alle Kgl. Postanstalten 12¾ Sgr. | Sechster Jahrgang. Verantwortlicher Redakteur: Hermann Engel in Inowraclaw. | Insertionsgebühren für die dreigespaltene Korpuszeile oder deren Raum 1¼ Sgr. Expedition: Geschäftslokal Friedrichsstraße Nr. 7.

Der Osterfeiertage wegen erscheint die nächste Nummer d. Bl. am Donnerstag, den 25. April.

Zur luxemburger Frage.

Auch die „Kölnische Zeitung“ erhält aus Paris über eine bereits gefundene Lösung der luxemburger Frage eine (einem Theil unserer Leser durch Extrablatt zugegangene) Privatdepesche fast genau entsprechende Mittheilung, ebenfalls mit der Bemerkung, daß sie aus offizieller Quelle, d. h. aus dem auswärtigen Amte stamme. Es wird gestattet sein, den betreffenden Passus, der zugleich einige Dunkelheiten des Telegraphenstyls, unter denen unsere gestrige Nachricht litt, beseitigt, hier folgen zu lassen. Es heißt darin:

„So sehr gespannt auch die Situation noch vor acht Tagen gewesen, so nahe man selbst einem Abbruche der diplomatischen Beziehungen mit Preußen war“, hat Rouher gestern Abend gesagt, „so sicher ist doch jetzt die Aussicht, den Frieden erhalten zu sehen.“ Sie können Sich denken, welches Aufsehen diese Worte in allen offiziellen und offiziösen Kreisen gemacht haben, besonders, nachdem von Seiten des auswärtigen Amtes der folgende Commentar gegeben wurde, den ich hier wortgetreu wiederhole, ohne im Uebrigen für die Wahrhaftigkeit jener ministeriellen Auslassungen Bürgschaft zu übernehmen. „**Preußen hat erklärt**“, so lautet das Orakel vom Quai d'Orsay, „**die Festung Luxemburg ohne weitere Entschädigung räumen und dieselbe dem Großherzoge übergeben zu wollen. Dieser wird dann den Großmächten den Wortlaut seines Abkommens mit Frankreich anzeigen, wonach letzteres in seine Souveränetätsrechte eintritt, und die Unterzeichner des Vertrages von 1839 werden sich dann über die Zulässigkeit dieses Wechsels auszusprechen, resp. ihn durch ein Instrument zu bekräftigen haben, das seinerseits staatsrechtlich an Stelle des Vertrages von 1839 zu treten bestimmt ist**“. Dies ist die offiziell-französische Version der ersichtlich friedlicheren Strömung, die sich seit etwa drei Tagen geltend macht; da sie aber wenig in das Ensemble anderweitiger Informationen paßt, wird man wohl thun, diese ministerielle Communikation mit einer gewissen Reserve aufzunehmen. Wurden doch eben noch sämmtliche auf Semester-Urlaub befindliche Soldaten zu den Fahnen einberufen. Ebenso wurden sämmtliche Unteroffiziere aller Infanterie-Regimenter mit Chassepot-Gewehren versehen, um den Soldaten theoretischen Unterricht in der Kunst, mit denselben zu manövriren, zu ertheilen.“

Der Pariser „Etendart“, dem man bekanntlich auch offiziösen Charakter beimißt, meldet, die Neutralisirung Luxemburg habe wenig Chancen, da sie keines der in der luxemburgischen Frage engagirten Interessen genugend befriedige. Auf friedliche Lösung laufen alle Nachrichten und Aussprüche, die einige Beachtung verdienen, hinaus, und die Bemühungen der nicht direkt betheiligten Mächte, namentlich Rußlands und Englands sollen in dieser Richtung engagirt sein. Rußland, so glaubt „Avenir nat.“ zu wissen, wolle sogar die Sache nicht einmal erst vor einen Congreß kommen lassen. Es fürchte, daß wenn die Abgesandten der Mächte einmal zusammengetreten seien, delikatere Fragen die Lage verwickeln und schwieriger machen könnten. Um daher den Congreß zu vermeiden, habe die russische Regierung mit großem Eifer auf ein Schiedsgericht hingearbeitet und als Schiedsrichter England vorgeschlagen. Preußen habe die Wahl gebilligt, Frankreich Nichts dagegen gehabt, aber verlangt, daß auch Oesterreich designirt werde. Es bleiben nun noch die Zustimmung der englischen und der österreichischen Regierung zu erlangen, doch erhebe sich hier eben ein unüberwindliches Hinderniß, da Beiden an einer Einmischung in eine so delikate und heilige Frage durchaus Nichts liege. „Av. nat.“ muß natürlich allein die Verantwortlichkeit für seine Meinung tragen, die auch in Bezug auf eine jetzt vorübergegangene Phase des diplomatischen Meinungsaustauschs über die schwebende Frage ganz wahrscheinlich ist.

Dagegen werden die Gerüchte von einer thätigen Einmischung Rußlands in die Luxemburger Frage von Petersburger Offiziösen durchaus in Abrede gestellt und bestimmt versichert, daß vom Kriegsministerium auch nicht die geringsten Anordnungen getroffen sind, die auf Vorbereitungen dazu schließen lassen. Außerdem sei man mit der orientalischen Angelegenheit zu ernstlich beschäftigt und ventilire bereits die Frage, welche Stellung Rußland zur orientalischen Frage einnehmen würde, wenn im Westen wirklich der Krieg ausbräche. Die Stellung, antwortete man, müßte der Art sein, daß erstens die Clauseln aus dem Pariser Friedensvertrage beseitigt würden, welche die russischen Interessen im Süden schwer beeinträchtigen, und zweitens müßte das Ziel der 150jährigen Politik Rußlands bezüglich der Bewohner der Balkan-Halbinsel endlich erreicht werden. Um dies letztere zu verhindern würden England und Oesterreich unfehlbar die Türkei nicht im Stiche lassen, Frankreich dagegen ohne Verbündete im Kampfe mit Deutschland bleiben. Die etwaige Aeußerung des Petersburger Cabinets wird darüber vielleicht einiges Licht verbreiten, wenn nicht etwa Fürst Gortschakoff es vorzieht, die weitere Klärung der Situation abzuwarten.

Dem „Nord“ wird gemeldet, daß Allianz-Verhandlungen zwischen der Wiener Hofburg und den Tuilerien Statt fänden, doch sehr geheim gehalten würden, nur verlaute, daß Franz Joseph sehr starke Anforderungen stelle, die weit über das Maaß hinausgingen, das Frankreich sich im Falle eines Krieges stellen möchte; Franz Joseph, der viel verloren, scheine nun Alles auf einmal mit Zinsen eintreiben zu wollen, und so wird denn das Bündniß vermuthlich nicht zu Stande kommen.

Norddeutscher Reichstag.

33. Sitzung vom 15. April.

In der heutigen Sitzung des Reichstages nahm die Schlußberathung über den Verfassungsentwurf ihren Anfang. Die Debatte leitete Graf Bismarck durch eine Erklärung ein, nach welcher die verbündeten Regierungen den Beschlüssen der Vorberathung beitreten, jedoch in der Diätenfrage und in der Militärfrage dissentiren. Bei der General-Diskussion sprachen nur die Abgg. Reichensperger und Dr. Waldeck, sowie Graf Bismarck, dem Ersteren dahin antwortend: **Wenn es dem Redner gelingt seine Ansicht zur Geltung zu bringen, würde ich nicht glauben, das Verfassungswerk durchführen zu können, ich würde den König um meine Entlassung bitten.** Dann trat das Haus in die Spezial-Diskussion. Bei derselben wurden die Art. 1—31 ohne erhebliche Diskussion angenommen. Zu Art. 32 beantragen die Abgg. v. Arnim-Heinrichsdorf und Genossen: Der Reichstag wolle beschließen: 1) den Art. 32 der Beschlüsse des Reichstages zu streichen; 2) an Stelle dessen den nachfolgenden Artikel zu setzen: „Die Mitglieder des Reichstages dürfen als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen. — Dieser Antrag wurde in einer namentlichen Abstimmung mit 169 gegen 90 Stimmen angenommen. Die Art. 33—50 werden ohne jede Diskussion genehmigt und beschließt dann das Haus um 1 Uhr 42 Min. seine Vertagung auf morgen.

34. Sitzung vom 16. April.

Das Haus trat sofort in die Fortsetzung der Schlußberathung, und zwar des Art. 60 ein. Hierzu lagen Amendements der Abgg. Ausfeld und Genossen und Graf Stolberg und Genossen vor. Nachdem die Abgg. Frhr. v. Vincke (Hagen), Lasker und v. Blankenburg, Graf Bethusy und der Ministerpräsident Graf v. Bismarck gesprochen, ward das Amendement Stolberg in einer namentlichen Abstimmung mit 167 gegen 110 Stimmen verworfen und der Art. 60 der Vorlage angenommen. — Art. 61 wurde ebenfalls in der Fassung der Vorlage, und zu Art. 62 unter Verwerfung der übrigen vorliegenden Amendements das Amendement Herzog v. Ujest und v. Bennigsen mit 202 gegen 80 Stimmen angenommen. Art. 63—69 wurden ohne Diskussion angenommen, und zu Art. 70 des Amendements der Abgg. Graf Stolberg und Genossen. Schließlich wird der ganze Verfassungsentwurf mit 230 gegen 53 Stimmen angenommen. Der Präsident erklärt sich außer Stande, dem Gefühl, welches ihn in diesem Augenblicke bewege, Ausdruck zu geben. Abg. Kantak erhebt gegen den eben gefaßten Beschluß Namens der Angehörigen des ehemaligen Großherzogthums Posen Protest, erklärt diesen Beschluß für einen Gewaltact, sowie daß die polnischen Abgeordneten mit diesem Augenblicke ihr Mandat niederlegen. Präsident Simson erwidert, daß diese letztere Aeußerung den Vorredner des Ordnungs[illegible]

entziehe, der ihn sicher getroffen hätte, wegen seiner Aeußerung, welche eine Beschuldigung der ganzen hohen Versammlung sei, wenn er nicht sein Mandat niedergelegt hätte. Die Geschichte werde über diese Erklärung, sowie über viele andere Proteste der Polen zur Tagesordnung übergehen. (Allgemeinste Zustimmung.) Schluß der Sitzung 1 Uhr 45 Min. Nächste Sitzung Morgen.

Deutschland.

Berlin. Die Friedensaussichten, so sehr sie auch von manchen Seiten als wahrscheinlich hingestellt werden, sind nur sehr schwach, aber für den Augenblick liegt Frankreich daran die Sache noch hinauszuziehen, da es etwa sechs bis acht Wochen Zeit bedarf, um eine Armee von 4—500,000 Mann an seiner Ostgrenze zu concentriren, während Preußen nach allem, was darüber verlautet, jetzt schon in der Lage wäre, den Einmarsch in Frankreich zu beginnen. Die Stimmung in Deutschland ist, wie die zahlreichen Versammlungen und auch die als Organe der öffentlichen Meinung zu betrachtenden unabhängigen Zeitungen beweisen, ganz entschieden gegen jede Concession in Bezug auf Luxemburg, nur die Köln. Ztg. und der in Dresden erscheinende Anti-Kladderatsch machen eine Ausnahme.

Der gestrige Beschluß des Reichstags, durch welchen die bei der Vorberathung aus dem Bundesverfassungsentwurfe gestrichene Versagung der Diäten für Reichstagsabgeordnete wiederhergestellt ist, war für uns in hohem Grade überraschend, namentlich durch die bedeutende Majorität, mit welcher die Abänderung des früheren Beschlusses zu Stande gekommen ist. Es wurde schon früher angedeutet, daß der König persönlich die Diätenversagung als nothwendiges Correctiv des allgemeinen Wahlrechts betrachte; trotzdem glaubten wir nicht, daß die Regierung dem verhältnißmäßig doch unbedeutenden Steine des Anstoßes, welche einen ihrer Intentionen widersprechende Entscheidung des Reichstages in der Diätenfrage bieten würde, ein so großes Gewicht beilegen würde, um deswegen mit dem Reichstage zu brechen. In der That hat aber ein derartiger Entschluß bestanden, und ist den hervorragenden Mitgliedern der national-liberalen Partei, welche über diese Angelegenheit wiederholt mit dem Grafen Bismarck conferirt haben, darüber kein Zweifel belassen worden. Im Hinblicke hierauf mag denn mancher Abgeordnete, vor die Alternative gestellt, die Diätenforderung aufzugeben, oder die bisherigen Vereinbarungen als eine Seifenblase verfliegen zu sehen, Opfer und Preis in einem andern Lichte gesehen haben, als bei der einfachen Erörterung der Diätenfrage. — Wir können auf Grund zuverlässiger Nachrichten die Mittheilung machen, daß Gr. Bismarck, als er gestern auf die Eventualität seines Gesuches um Entlassung von den Posten sowohl als Präsident der Bundes-Bevollmächtigten, wie als preußischer Minister, hindeutete, einen Schritt in Aussicht stellte, über dessen Folgen er bereits Gewißheit hatte. Wir sprechen nicht eine bloße Vermuthung aus, wenn wir sagen, daß eine der Regierung ungünstige Entscheidung des Reichstages nicht zu dem Rücktritte des Grafen Bismarck, wohl aber zu der sofortigen Auflösung des Reichstages geführt haben würde, daß alsdann die Aufrechthaltung des Norddeutschen Bundes, vorläufig ohne Volksvertretung, unter Vorbehalt der Einberufung eines Deutschen Parlaments nach näherer Vereinigung mit den Süddeutschen Staaten, beabsichtigt war.

Wie uneigennützig, aufrichtig und ehrenvoll die preußische Regierung gegen ihre Bundesgenossen handelt, geht aus der uns als zuverlässig gemeldeten Thatsache hervor, daß über ein halbes Dutzend der kleinstaatlichen Regierungen den Wunsch einer Incorporation der betreffenden Ländchen in Preußen mehr oder minder deutlich zu erkennen gegeben haben, im Hinblick darauf, daß der Zeitpunkt günstig genug sei, um für die Abtretung eine beachtenswerthe Entschädigung zu erhalten, daß aber Graf Bismarck aus Rücksichten auf die Möglichkeit einer Verkennung der bundesgenossenschaftlichen Stellung Preußens über die Anträge hinweggegangen ist.

Man glaubt in Regierungskreisen, daß der Reichstag Ende dieser Woche oder zu Anfange der nächsten geschlossen werden wird. Bis dahin, meint man, wurde die Einigung über die Bundesverfassung erzielt sein. Der Landtag wird dann sofort einberufen, wahrscheinlich auf die ersten Tage des Mai. Mitte Juni hofft man den Landtag wieder entlassen zu können. Die Neuwahlen zum Landtage werden wahrscheinlich sogleich nach dem 1. Oktober stattfinden, sobald mit diesem Termine die preußische Verfassung auch für die annektirten Länder ins Leben getreten sein wird.

Die Grenzpatrouillen in Nordschleswig sind nach dem „B." mit scharfen Patronen ausgerüstet, um der boshaften Beschädigung preußischer Hoheitszeichen und den Ausreißereien nordschleswigscher Landwehrmänner und Reservisten ein Ende zu machen.

Breslau. In Betreff der vielbesprochenen Entscheidung des Obertribunals, wonach Wechsel, die an einem Sonnabend oder am Vortage eines Feiertages verfallen, noch am Zahlungstage dem Notar zur Erhebung des Protestes übergeben werden sollen, hat die hiesige Handelskammer beschlossen, in einer Eingabe an den Handelsminister die Belästigung des Verkehres und die Rechtsunsicherheit zu schildern, welche geschaffen werden, und um eine authentische Declaration zu bitten, nach welcher unter allen Umständen zwei Wochentage für die Protesterhebung frei bleiben.

Frankreich.

Paris. Prinz Napoleon drängt zu einem augenblicklichen Kriege, und er schlägt vor, um Belgien zu bestimmen, mit Frankreich gemeinschaftliche Sache zu machen, ihm die Aufbürdung seiner Selbstständigkeit anzubieten. Der Prinz hat mit dem Kaiser und Marschall Niel häufige Unterredungen. Der Prinz war bis vor Kurzem einer der eifrigsten Fürredner der preußischen Allianz, nun ist er für das Bündniß mit Oesterreich.

Straßburg und Metz werden stark armirt.

Die in Paris anwesenden Deutschen beklagen sich einstimmig, daß fast alle deutschen Blätter ohne Ausnahme mit Beschlag belegt werden. Verschiedene deutsche Kommissäre haben dem Vernehmen nach im Namen ihrer Landesangehörigen bei der Regierung Beschwerde geführt.

Rußland.

Warschau. Das Königreich Polen hat bis jetzt seine eigene Münze gehabt und das Geld aus deren Prägung führte noch immer den polnischen Adler mitten im russischen. Ein demnächst zur Veröffentlichung kommender Ukas hebt diese Münze auf und von nun an soll auch in dieser Beziehung die Einverleibung der polnischen Verwaltung in die russische, immer „zum Wohle der treuen Unterthanen des Königreichs Polen", zur Ausführung kommen.

Lokales und Provinzielles.

— h **Inowraclaw.** Am 15. und 16. d. M. fand die öffentliche Prüfung der Gymnasiasten an der hiesigen Anstalt und die damit verbundene feierliche Entlassung der Abiturienten Statt. Die muntere Regsamkeit der Schüler bei allen Antworten machte auf die zahlreiche Versammlung der Zuhörer einen wahrhaft erhebenden Eindruck, eben so die Ordnung, mit der die einzelnen Klassen beim jedesmaligen Examen ihren Platz einnahmen, so daß man zugestehen muß, daß unsere Anstalt nicht blos die Wissenschaften, sondern auch einen sichtlichen Einfluß auf die Gesittung ausübt. Desto höher steigt aber auch unsere Verwunderung und destomehr müssen wir unser Befremden darüber aussprechen, wenn Damen die erhebende Feierlichkeit mit dem Strickstrumpfe profanisiren. Bei der Entlassung der Abiturienten hielten die Unterprimaner Joskowski die lateinische, Kruszka die polnische und der Abiturient Lasinski (Pole) die deutsche Rede. Darauf sprach der Herr Direktor Gunther noch einige herzliche und rührende Abschiedsworte. Ein die allgemeine Stimmung noch erhöhender Gesang schloß die Festlichkeit.

Thorn. Die Wintersaaten gewähren einen höchst erfreulichen Anblick, aber das anhaltende Regenwetter macht die Wege nicht nur schlecht, sondern verhindert auch die Bestellung der Sommer- und der Kartoffelsaat.

Königsberg, 15. April. Nach einer gestern dem Herrn Oberpräsidenten Eichmann zugegangenen amtlichen Mittheilung hat die Staatsregierung in Erwägung gezogen, ob die Eisenbahnlinie Thorn-Insterburg auf Staatskosten zu bauen sei, und sollen dieserhalb die Vorarbeiten für diese Linie in kürzester Frist beginnen. Die Linie wird die Städte Thorn, Graudenz, Deutsch-Eylau, Osterode, Allenstein, Wartenburg, Bischofsburg berühren, beim Bahnhof Korschen die Südbahn schneiden und von da nach Insterburg weiter geführt werden; es wird dadurch die Wartenburger, Allensteiner, Bischofsburger und Nordenburger Gegend den Segnungen eines erleichterten Verkehrs erschlossen werden.

Das Volksschulwesen im Regierungs-Bezirk Bromberg.

Fortsetzung.

Diese Bewilligung wurde bei der vorerwähnten Fortgewährung des Schulverbesserungs-Fonds der 21,000 Thlr. jährlich mit berücksichtigt, so daß letzterer für die Jahre 1844 bis Ende 1853 nun 26,000 Thlr. jährlich für die Provinz betrug mit der von der früheren Vertheilung in einigen Punkten abweichenden Bestimmung, davon 5600 Thlr. zu Unterstützungen bei Schulhausbauten, 10,000 Thlr. zur besseren Dotirung der Schulstellen in den Städten und auf dem Lande, 7500 Thlr. zur Unterhaltung der Rector-Schulen in den Gerichtsstädten, und 3500 Thlr. für die Schullehrer-Seminare und Unterstützung der Schulamts-Präparanden, jährlich zu verwenden. Beim Ablauf jener Periode erfolgte auf dringende Gesuche die Fortbewilligung dieser 26,000 Thlr. jährlich für die Provinz noch auf weitere 5 Jahre von 1854 bis Ende 1858, und dann abermals auf 5 Jahre von 1859 bis Ende 1863, jedoch mit der abändernden Bestimmung hinsichtlich des Fonds für die Gerichtsstädte, daß dieser nicht ferner ausschließlich für letztere allein, sondern überhaupt zur Hebung derjenigen städtischen Schulen, die in ihren oberen Klassen die Schüler zum Eintritt in die Gymnasien und Realschulen vorbereiten, zu verwenden sei. Auch am Schlusse des Jahres 1863 wurde die Bewilligung noch auf die weiteren 5 Jahre 1864 bis Ende 1868 ausgedehnt, aber auch diesmal wie bei den früheren Bewilligungen mit der ernsten Erinnerung, daß er dann zurückgezogen würde, weil solche Bevorzugung der Provinz Posen vor allen anderen Provinzen des Staats nicht länger zu gestatten sei. Da indessen die Organisation des Volksschulwesens in hiesiger Provinz erst begonnen hat, nachdem schon Jahrhunderte früher in den älteren Provinzen des Staats dafür gesorgt war, dasselbe auch jetzt noch weit zurücksteht hinter dem in letzteren, und das

Fortschreiten darin wegen der verschiedenen Nationalität und Muttersprache der Bevölkerung hier auch ungleich schwieriger ist, als in anderen Provinzen: so ist auch hier die Aufwendung größerer Geldmittel Seitens des Staates für das Volksschulwesen noch immer ein dringendes Bedürfniß. Es werden auch nach dem Jahre 1863 nahe 100 Schulen des Departements Bromberg, die bisher zu ihrer Subsistenz von Jahr zu Jahr Unterstützungen aus jenem Fonds empfingen, nicht ohne solche fortbestehen können. Außerdem aber erhalten gegen 200 Schulen laufende Lehrergehalts-Zuschüsse aus dem Provinzial-Schulfonds und anderen Königlichen Fonds nach dem Etat der Provinzial-Geistlichen- und Unterrichts-Verwaltung des Departements, die noch nicht zurückgezogen werden können.

25. Der Cirkular-Erlaß des Kgl. Ministeriums der geistlichen 2c. Angelegenheiten vom 6. März 1852 hatte indessen durchgängig eine Verbesserung der meist zu kärglich oder doch unzureichend dotirten Lehrerstellen bei den Elementarschulen angeordnet. Es wurden darnach durch Einwirkung der Regierung auf die Schulgemeinden successive fast alle Lehrerstellen des Departements im Gehalt erhöht, so daß in den 13 Jahren von 1852 bis Ende 1864 zusammen die Lehrerstelle mit 36,073 Thlr. jährlich, einschließlich der zu Geld berechneten Naturalien, besser dotirt worden sind. Diesen Betrag bringen größtentheils die Schulgemeinden selbst mehr auf, als früher, während nur ca. 1500 davon aus Staatsfonds fließen. Gleichwohl ist das jährliche Einkommen der Elementarlehrer noch immer viel zu kärglich und unzureichend für ihre nothwendigen Lebensbedürfniß. Es betrug zu Ende 1864 im Bromberger Regierungsbezirk durchschnittlich auf einen Lehrer nur 150 Thlr. Nach den im Augustheft 1861 des Centralblatts für die preußische Unterrichts-Verwaltung vom Königl. Ministerium zusammengestellten statistischen Nachrichten über den Stand des Elementar-Schulwesens der ganzen Monarchie am Schlusse des Jahres 1861, war jener Betrag damals 149 Thlr. jährlich für einen Lehrer und nur in einem einzigen Regierungsbezirke der Monarchie, dem Cösliner, war er weniger, nehmlich nur 139 Thlr. jährlich für einen Lehrer, während die durchschnittliche Besoldung eines Elementarlehrers in allen übrigen Regierungsbezirken sich höher belief und der Durchschnittsbetrag der Gehälter der Elementarlehrer durch die ganze Monarchie sich auf 210 Thlr. jährlich für einen Lehrer stellte.

Es wurde jedoch bisher von Jahr zu Jahr der Bromberger Regierung vom Ministerium ein Fonds zu einmaligen außerordentlichen Unterstützungen hülfsbedürftiger und würdiger Elementarlehrer überwiesen. Derselbe hatte zwar in den einzelnen Jahren einen sehr verschiedenen Betrag, durchschnittlich belief er sich aber doch auf 1200 Thlr. für ein Jahr und die Regierung erhielt darüber die Disposition. Die Vertheilung erfolgte gewöhnlich mit $^2/_3$ für die evangelischen und jüdischen öffentlichen Lehrer und mit $^1/_3$ für die katholischen. Es geschah dies nicht blos darum, weil die Anzahl schon der evangelischen Lehrer allein bedeutend größer ist, als die der katholischen, sondern auch mit Rücksicht darauf, daß die Regierung außer jenem Fonds noch besondere Mittel zu außerordentlichen Unterstützungen nur für katholische Elementarlehrer bei katholischen Fonds, nehmlich dem Gnesen-Z[illegible]iner Stipendium-Fonds und dem Coronower Kloster-Fonds, zur Disposition hat und dazu verwendet, während für die evangelischen solche besondere Mittel fehlen.

(Fortsetzung folgt).

Vermischtes.

— Vor Kurzem wurde bei Gelegenheit einer Exekutions-Vollstreckung auch ein Lotterieloos zur vierten Klasse, deren Ziehung jetzt bevorsteht, abgepfändet, und beantragte der Kläger, ihm das Loos entweder für die Summe, die dasselbe kostet, zu überlassen und die Forderung um so viel zu erniedrigen oder das Loos schleunigst in öffentlicher Auktion zu verkaufen. Das Gericht hat, nach der „Ger.-Z.", beide Anträge abgelehnt. Zunächst — so sagte das Gericht — sei es unzulässig, ein Exekutionsobjekt ohne Bewilligung des Angeklagten in natura dem Kläger zu überlassen, selbst wenn er außergerichtlich den höchstmöglichen Preis dafür biete. Abgepfändete Gegenstände dürften nie im Wege der Auktion, oder wenn es Werthpapiere seien, durch amtliche Umwechselung in die Hände dritter Personen übergehen. Erstere Procedur sei in Betreff eines Lotterieloosеs ungesetzlich, wie z. B. ausstehende Forderungen, Pfandscheine u. s. w. nicht vom Auktions-Commissar verkauft werden dürften. Ein Werthpapier sei ein Lotterieloos im gesetzlichen Sinne nicht, da es keinen Cours habe, der darauf fallende Gewinn auch nicht im Wege der Exekution mit Arrest belegt werden dürfte. — Das Loos ist direkt dem Verklagten wieder zugestellt worden, dem wir wünschen, daß er darauf so viel gewinne, daß er alle seine Schulden bezahlen kann.

Telegraphische Depesche.

Schluß des Reichstages.

Berlin, 17. April. In der Thronrede spricht der König seine aufrichtige Genugthuung aus über die Verwirklichung der Hoffnungen, mit welchen er den Reichstag eröffnete, und erkennt den patriotischen Ernst und die Selbstbeherrschung der Abgeordneten an, welche ein festbegründetes und zukunftsreiches Verfassungswerk geschaffen haben. Die Bundesgewalt ist ausgestattet mit den unentbehrlichen und ausreichenden Befugnissen. Die Einzelnstaaten behielten die freie Bewegung überall, wo es zuläßig und ersprießlich war. Die Volksvertretung erhielt diejenige Mitwirkung an den nationalen Aufgaben, welche den Landes-Verfassungen und dem Bedürfniß der Regierungen entspricht. Die Regierungen und die Volksvertretung brachten Opfer, überzeugt davon, daß dieselben für Deutschland gebracht würden. Durch allseitiges Entgegenkommen ist eine fruchtbringende Entwickelung des Bundes verbürgt, und mit diesem Abschluß sind die Hoffnungen, welche uns mit unseren süddeutschen Brüdern gemeinsam sind, der Erfüllung näher gerückt. Die Zeit ist herbeigekommen, wo Deutschland durch seine Gesammtkraft seinen Frieden, sein Recht, seine Würde zu vertreten vermag. Das nationale Selbstbewußtsein des Reichstages fand in allen Gauen des Vaterlandes kräftigen Widerhall. Die Regierung und das Volk des gesammten Deutschlands sind einig, daß die wiedergewonnene Nationalmacht hauptsächlich in Sicherung des Friedens sich bewähren muß.

Die Thronrede spricht schließlich die Hoffnung aus, daß auch die Einzeln-Landtage dem Verfassungswerke beistimmen werden.

— Das Genossenschaftsgesetz hat unter dem 27. März die Königl. Unterschrift erhalten.

Beachtenswerth.

Zu **bedeutend herabgesetzten Preisen** verkaufe ich von heute ab, eine große Auswahl

Möbel-, Polster- & Spiegelwaaren

in den reichhaltigsten Dessins.

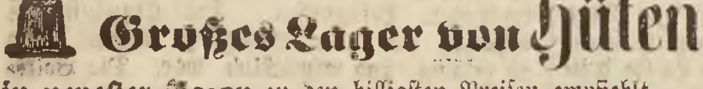
J. Lichtstern.




Tapeten,

die Rolle von 2½ Sgr. ab verkauft **die Möbelhandlung** von

J. Lichtstern.



Großes Lager von Hüten u. Mützen

in neuester Façon zu den billigsten Preisen empfiehlt

J. Lichtstern.

Criminal-Bibliothek.

Merkwürdige Criminalfälle

aller Nationen

Herausgegeben von J. D. H. Temme.

Mit Illustrationen.

Vollständig in 20 Lieferungen á 5 Sgr.

Der Verfasser des obengenannten Buches hat durch einen Zeitraum von über 30 Jahren als **Criminalrichter** in verschiedenen Orten der preußischen Staaten und endlich als **Director** am Berliner Criminalgerichte fungirt. Seine Kenntnisse und reichen Erfahrungen bürgen dafür, daß auch dies Werk aus seiner Feder, für alle Leserkreise verständlich gehalten, mit allgemeinem hohen Interesse aufgenommen werden wird. Von der Ansicht ausgehend, daß jedes Verbrechen ein Trauerspiel in dem Leben eines Menschen sei, ein um so ergreifenderes und erschütternderes, als es in ungeschmückter **Wirklichkeit** vor uns hintritt, giebt der Verfasser **keine Gebilde der Phantasie**, sondern, er hat sich den Zweck gestellt, durch eben diese Wirklichkeit, durch geschichtliche Treue, auf das Herz einzuwirken und dasselbe zu läutern. Wenige sind **berechtigt** und **befähigt**, wie er, diesem Zwecke zu entsprechen.

Die ersten Lieferungen enthalten

Das lebendig begrabene Kind. — Der Posamentier Marschner in Berlin. — Die Familie des Schwarzmüllers. — Der Armeepostillion — Der Mädchentod er. — Der Bischoffsmord in Frauenburg. — Die Blutschwitzerin — Die Räuber am Rhein. — Die Familie Brancisson. — Offiziere als Raubmörder. — Cartouche. — Ein Justizmord. — Die Ermordung der Parlamentsmitglieder Fürst Lichnowsky und General Auerswald. — Ein Henker auf dem Richterstuhle. 2c. 2c.

Preis der monatlich erscheinenden Lieferungen 5 Sgr. Die erste Lieferung ist in jeder Buchhandlung vorräthig.

Hamburg. *Vereinsbuchhandlung.*

Gesundheit und langes Leben.

Gesundheit ist die erste Bedingung zum Glück des Menschen. Es ist Pflicht, sich anzueignen, was im täglichem Leben erforderlich erscheint, Krankheit und Siechthum zu meiden, um sich bis zu hohem Alter in frischem und heiterem Wohlsein zu erhalten. Wer diese Pflicht erkennt, dem wird das Buch:

Schule der Gesundheit, ärztliche Belehrungen für Familie und Haus

willkommen sein. Sein Inhalt fußt auf dem Wissen und auf den Erfahrungen der größten Aerzte aller Jahrhunderte. Es ist durchaus populär, verständlich für Jedermann geschrieben, denn es soll Jedem Nutzen bringen. Der Verfasser, ein anerkannt ausgezeichneter Arzt sagt über den Zweck desselben:

„Die Schule der Gesundheit" will allgemein verständlich lehren, was Jeder zu seinem Wohlsein braucht, was **Eltern** wissen müssen, um ihre Kinder gesund und kräftig zu erziehen, was die **Hausfrau** kennen muß, um Haus und Küche, Kleidung und Nahrung für Groß und Klein, für Alt und Jung zweckmäßig einzurichten und anzuordnen, was die **Strebsamen** zu thun und zu lassen haben, um geistig und körperlich **arbeitskräftig** und arbeitslustig zu werden und zu bleiben. Unser Buch will ein Volksbuch sein und als Freund und Berather zum **Wohl und Glück** des Einzelnen, also des Ganzen beiträgt."

Die „Schule der Gesundheit" (mit zahlreich erläuterten Holzschnitten) ist vollständig in 12 monatlichen Lieferungen à 5 Sgr. und in jeder Buchhandlung zu bekommen.

Hamburg. *Vereinsbuchhandlung.*

Schöne fette

Natur-Harzkäse

von pikantem Kräutergeschmack, sowie

delikaten Limburger Käse

à 3 und 6 *Sgr.* pro Stück empfing und empfiehlt

L. Randke.

הגדה של פסח

Die Pesach-Hagada,

und

Erzählung von Israel's Auszug aus Egypten,

zum Gebrauche der beiden ersten Abende des Osterfestes

ist vorräthig in der Buchhandlung von

Hermann Engel.

Der Unterricht in meiner Töchterschule beginnt am 30. April 1867.

Inowraclaw. **Bertha Guinand.**

Heute

Gründonnerstags-Bretzel

bei **F. Krzewinski.**

Berliner

Bock-Bier

empfing und empfiehlt

F. Krzewinski.

Wer Lust hat, die Zimmer- oder Maurerprofession zu erlernen, kann sofort als **Lehrling** bei mir eintreten.

Ernst Zwanzig,
Mauer- und Zimmermeister
in Inowraclaw.

Ein Knabe

ordentlicher Eltern, mit guten Schulkenntnissen und der polnischen Sprache mächtig, kann vom 1. Mai d. J. in mein **Manufactur- u. Schnittwaaren-Geschäft** als Lehrling eintreten.

Zadek Lewin,
Strzelno.

Zwei einzelne möblirte Zimmer, auf Verlangen auch **Pferdestall** sind zu vermiethen im Oekonomie-Rath Schwarz'schen Hause.

Handelsbericht.

Inowraclaw, den 17. April.

Man notirt für

Weizen 125—128pf. bunt 70—72 Thlr 128—130pf. hellbunt 70—74 Thlr. feine schwere Sorten über Notiz.

Roggen: gesunder 120 — 122pf. 45 bis 46 Thlr. per 2000 pf. Auswuchs 41—43 Thlr.

Erbsen: Futter- 43 -45 Thl. Koch- 46 -47 Thlr

Gerste: gr 37—40 Thl.,

Hafer 27 Sgr—1Thl. pr. 1200 Pfd.

Kartoffeln 12 Sgr. pro Scheffel

Bromberg 17. April.

Weizen, frischer 124—128pf. holl. 67—72 Thlr. 129 — 130pf. holl. 74—78 Thlr.

Roggen 122—125pf. holl. 49—50 Thl.,

Hafer 25 30 Sgr. pro Scheffel

Erbsen Futter 45—50 Thl. Kocherbsen 52 Thlr.

Gr.-Gerste 41—43 Thl. feinste Qual. 1—2 Thlr. h

Spiritus $16^2/_3$ Thlr..

Preis-Courant

der Mühlen-Administration zu Bromberg

v. 16. April

Benennung der Fabrikate	Unversteuert pr. 100 Pfd.			Versteuert pr. 100 Pfd.		
	Rt.	Sgr.	Pf.	Rt.	Sgr.	Pf.
Weizen-Mehl Nr 1	6	4	—	7	5	—
" " " 2	5	22	—	6	23	—
" " " 3	4	8	—	—	—	—
Futtermehl	2	—	—	2	—	—
Kleie	1	14	—	1	14	—
Roggen-Mehl Nr. 1	4	20	—	4	26	—
" " " 2	4	10	—	4	17	—
" " " 3	3	8	—	—	—	—
Gemengt Mehl(hausbacken)	4	2	—	4	9	—
Schrot	3	8	—	3	15	—
Futtermehl	2	—	—	2	—	—
Kleie	1	22	—	1	22	—
Graupe Nr. 1	8	20	—	9	3	—
" " 3	7	2	—	7	15	—
" " 5	4	8	—	4	21	—
Grütze Nr 1	5	10	—	5	23	—
" " 2	4	22	—	5	5	—
Kochmehl	3	10	—	—	—	—
Futtermehl	1	28	—	1	28	—

Thorn. Agio des russisch-polnischen Geldes. Polnisch Papier 24—$^3/_4$ pCt. Russisch Papier 25 pCt. Klein-Courant 20—25 pCt. Groß Courant 11—12 pCt.

Berlin, 17. April.

Roggen nachgebend loco $60^1/_4$ bez. Frühjahr $59^1/_4$ bez. Juli-Aug $56^3/_4$ Sept. Okt. 55 bez.

Weizen April-Mai $84^1/_2$ Thlr.

Spiritus: loco $17^1/_3$ bez. April Mai 17 bez. Sept-Okt. $17^5/_8$ bez.

Rüböl: April-Mai $11^1/_8$ bez. Sept-Oct. $11^2/_3$ bez

Posener neue 4% Pfandbriefe $87^1/_8$ bez.

Amerikanische 6% Anleihe v. 1882. $77^1/_4$ bez.

Russische Banknoten $79^1/_2$ bez.

Staatsschuldscheine $82^1/_3$ bez.

Danzig, 17. April.

Weizen Stimmung: wenig Angebot — Umsatz 100 L.

Druck und Verlag von Hermann Engel in Inowraclaw.